

SPD - Fraktion im Stadtrat Dresden

Rathaus
Dr.-Külz-Ring 19
01067 Dresden
Tel.: 0351 – 488 2688
Fax: 0351 – 488 2056
info@spd-fraktion-dresden.de

Landeshauptstadt Dresden					
Büro der Oberbürgermeisterin - Abt. Stadtratsangelegenheiten					
<input checked="" type="checkbox"/> DB	OB	Nr.:	237	zK	zSt
AD	ÄRat			<input checked="" type="checkbox"/> zK	bR
RD	PeStA		04. APR. 2012	WV	
Sekr.	Fin.			zA	
CDU	Bü 90	LINKE.	BF	Datum: 04. April 2012	
SPD	FDP	o.F.			



Ergänzungsantrag SPD-Fraktion

Gegenstand:

V1389/11 Fortschreibung Fachplan Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege für das Schuljahr 2012/2013 (TOP 15)

Beschlussvorschlag:

Der Beschlussvorschlag des federführenden Ausschusses wird um folgende Punkte ergänzt:

4.) Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, mit dem Freistaat Sachsen konkrete Verhandlungen zur weitergehenden Beteiligung des Landes an den finanziellen Belastungen, die aus der vorgelegten Fachplanung resultieren, zu führen. Dabei sollen insbesondere zwei Punkte verhandelt werden: 1.) eine Erhöhung der Pauschale pro Platz, um die tarifbedingten Kostensteigerungen auszugleichen und 2.) die Weitergabe der Bundesmittel für Betriebskosten. Über die Verhandlungen ist dem Stadtrat monatlich im Betriebsausschuss Kita zu berichten.

5. Die OB wird beauftragt zu prüfen, welche Möglichkeiten es gibt, die Bundesmittel auf dem Rechtsweg zu erlangen und dem Stadtrat darüber bis zum 30. April zu berichten.

Begründung:

Die Fachplanung beschreibt eine aus Eltern und Kindersicht untragbare Situation. Zum einen fehlen Plätze, zum anderen sollen Zugangskriterien für die Platzvergabe eingeführt werden. Trotz Ausbaumaßnahmen werden im Schuljahr 2012/13 voraussichtlich rund 1400 Familien keinen Betreuungsplatz erhalten. Um diese Situation zu ändern, bedarf es der finanziellen Unterstützung des Landes. Dies beschreibt die Oberbürgermeisterin selbst in der aktuellen Vorlage zum Kulturpalast auf Seite 106 wie folgt: "Leider hat der Freistaat Sachsen seine pauschale Förderung seit Jahren konstant gehalten, so dass tarifbedingte Kostensteigerungen von der Kommune allein zu tragen waren. Darüber hinaus werden sogar die von der Bundesregierung zur Verfügung gestellten Bundesmittel für die Betriebskosten der Krippenbetreuung vom Freistaat Sachsen nicht an seine Kommunen weitergereicht. Aus Sicht der großen Städte in Sachsen, die genau wie viele andere westdeutsche Kommunen eine zusätzliche Platzkapazität neu schaffen müssen und insofern auch echte Zusatzlasten tragen sollen, ist dies ein nach wie vor offenes Problem." Bis 2015 werden der Stadt Dresden in Summe knapp 25 Millionen Euro vorenthalten. Angesichts der angespannten Haushaltslage Dresdens reicht es aber nicht aus, dies wiederholt zu beklagen. Vielmehr ist es notwendig die Beteiligung des Landes aktiv zu verhandeln und wenn die Verhandlungen zu keinem befriedigenden Ergebnis führen, auch alle rechtlichen Mittel auszuschöpfen.

i. A. Axel Bergmann

Dr. Peter Lames
Fraktionsvorsitzender